



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 02/2019



„Der internationale Frauentag ist die wichtigste Kundgebung für das Frauenwahlrecht gewesen, welche die Geschichte der Bewegung für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts bis heute verzeichnen kann.“ (Clara Zetkin, 1911)

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Aus dem Inhalt:

Internationaler Frauentag	S.1
Unsere Kandidaten/Veranstaltungen	S.2
Frühschoppen im Februar	S.3
Europawahl linkes Herzensprojekt	S.4
Für ein solidarisches Europa	S.5
Informationen, Verschiedenes	S.6
Stoppt die AfD	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Liebe Leserinnen und Leser,
der Internationale Frauentag ist für uns LINKE weit mehr, als nur ein Anlass zum Blumenverschenken und ein paar interessante Veranstaltungen. Er steht für den Kampf von so vielen mutigen Frauen und Männern, die sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzten, für die Unabhängigkeit der Frauen, für ihr Recht auf die Teilnahme an Wahlen, auf einen eigenen Beruf, auf ein Leben ohne Gewalt. In den vergangenen 100 Jahren wurde auf diesem Weg wahnsinnig viel erreicht -

aber darauf wollen und dürfen wir uns nicht ausruhen! Noch immer ist die volle Gleichberechtigung nicht erreicht. Ganz im Gegenteil, es gibt Akteure in unserer demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft, die ein Zurück in die Vergangenheit propagieren. Aber nicht mit uns!

Wir gratulieren zum Frauentag und wünschen weiterhin viel Spaß und Kraft beim Kämpfen!

Eure Anja Mayer und Diana Golze
Linke Newsletter 10/2019

Unsere Kandidaten für die SVV Schwedt/Oder

Bärbel Ramm

Lehrerin, Fraktionsvorsitzende



Andreas Grote

Diplomingenieur



Heike Heise-Heiland

Förderschullehrerin



Reiner Prodöhl

Rentner



Thomas Tenner

Rentner



Frank Nitzschke

Rentner



Unsere Kandidaten für den Kreistag Uckermark

Spitzenkandidat: Reiner Prodöhl

Peter Höppner

Heike Heise-Heiland

Wichtige Termine

27.04.2019: Kreismitgliederversammlung zur Kommunalwahl, Beratung zu Wahlkampfthemen (S. 8)

10.05.2019: Bürgerforum zur Kommunalwahl 16:00 bis 18:00 Uhr Kosmonaut

15.05.2019: Bürgerforum zur Kommunalwahl 16:00 bis 18:00 Uhr Aula Gesamtschule Talsand

21.05.2019: Infostand zur Kommunal- und Europawahl 11:00 bis 14:00 Uhr Bertolt-Brecht-Platz

23.05.2019: Infostand zur Kommunal- und Europawahl 11:00 bis 14:00 Uhr Platz der Befreiung

Manfred Giel
Wahlkampfleiter Schwedt

Frühschoppen bei den LINKEN

Am 16.02.2019 trafen sich interessierte Genossen und Sympathisanten zu einem Frühschoppen im Kosmonauten, um über die Themen "Eigentum, bedingungsloses Grundeinkommen und die Sammlungsbewegung "Aufstehen" zu diskutieren.

Schon zum 2. Mal war Dr. Judith Delheim, Ökonomin, Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Solidarische Ökonomie, als Referentin bei uns zu Gast.

Kinder, Frauen und Männer ertrinken an den Grenzen der Europäischen Union. Schiffen mit geretteten Menschen wird es verwehrt, in Häfen von EU-Mitgliedsstaaten einzulaufen. Und wo ist DIE LINKE? Das macht mich ratlos, so Judith zu Beginn ihrer Ausführungen mit Hinblick auf den bevorstehenden Europaparteitag DER LINKEN.

Ratlosigkeit zu Standpunkten DER LINKEN, z. B. bei der Diskussion zum Eigentum, kam auch bei ihren weiteren Ausführungen zum Ausdruck.

Judith wollte nicht nur referieren, sie wollte auch bewusst provozieren, die Zuhörer herausfordern. So u. a. zu dem schon seit Jahren immer wieder kontrovers diskutierten bedingungslosen Grundeinkommen.

Beim innerparteilichen Streit um das bedingungslose Grundeinkommen gibt es inzwischen einen Konsens zu folgenden Positionen:

Das Recht jedes Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde und damit auf ein armutsfestes, Existenz sicherndes Grundeinkommen.

Konsequente Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut sowie sozialer Ausgrenzung.

Das System der sozialen Sicherung und Grundsicherung für Erwerbslose und Erwerbstätige mit nicht-existenzsicherndem Einkommen sind ungerecht und entwürdigend.

Zwang und Pflicht zur Arbeit werden abgelehnt, sanktionsfreie Entscheidung über Arbeitsangebote.

Der Bezug von Sozialleistungen darf nicht an einen entwürdigenden Bedürftigkeitsnachweis gebunden sein.

Bei den Ausführungen zum bedingungslosen Grundeinkommen kam der Begriff des "Bullshit-Jobs" zur Sprache: eine bezahlte Beschäftigung, die vom betroffenen Mitarbeiter als sinnlose Zeitverschwendung angesehen wird. Diese teilweise fehlende kreative Betätigung ist neben der häufig ungesicherten Existenzgrundlage vieler Beschäftigten der Hauptgrund für die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens.

Hier setzte auch die Diskussion an, dass es eben nicht nur um Fragen der Finanzierung des Grundeinkommens und der Existenzsicherheit geht, sondern dass Arbeit völlig neu überdacht werden muss. Mit dem Hinweis auf den früher viel diskutierten öffentlichen Beschäftigungssektor als eine Form der Arbeit ging Judith zurück auf die Anfangszeiten DER LINKEN, damals noch PDS.

Wie erwartet gab es die kontroversten Diskussionen zur Sammlungsbewegung "Aufstehen". Im Wesentlichen bestand Einigkeit darin, dass die bestehende Entwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft so nicht weiter geduldet werden kann. Die etablierten Parteien, auch DIE LINKE, konnten bisher als Veränderer nicht überzeugen. Aufstehen ist deshalb angesagt. Nur ob die Sammlungsbewegung der richtige Weg ist, darüber wurde gestritten.

Als Versammlungsleiterin hatte ich bereits zu Beginn unserer Veranstaltung darauf hingewiesen, dass es nicht das Ziel sein kann, diese Diskussionen mit einem gemeinsamen Standpunkt zu beenden. Judith wollte zum Nachdenken anregen, und das wurde aus meiner Sicht erreicht.

Sylvia Anklam

Anmerkungen des Redaktionskollegiums:

Wie ist denn eure Meinung zu den Themen Grundeinkommen und Sammlungsbewegung "Aufstehen"?

Wir bitten dazu um eure Meinungen und rege Beteiligung.



Judith bei ihren Ausführungen

Europa – ein linkes Herzensprojekt! Europawahl – eine Schicksalswahl?

Angesichts der Zunahme rechtskonservativer sowie rechtspopulistischer Akteure und Regierungen steht vor den linken Bewegungen verstärkt die Aufgabe, für ein solidarisches und soziales Europa, für ein besseres Europa wirksam zu werden.

Dabei ist durchaus auch ein bewusster Blick in die Vergangenheit nützlich. Historisch gesehen ist Europa ein Kontinent mit durchaus vielen kulturellen Gemeinsamkeiten. Die Wiege der europäischen Kultur stand einst in Griechenland. Schon im 19. Jahrhundert und in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts fand unter den Linken und der Arbeiterbewegung eine leidenschaftliche Debatte darüber statt, ob die Vereinigten Staaten von Europa ein Ziel und ob und unter welchen Bedingungen sie überhaupt möglich seien. Die Vorstellungen reichten damals von einer europäischen Föderation sozialistischer Staaten, einer demokratischen Republik bis hin zu einer europäischen, demokratisch verfassten Zollgemeinschaft auf kapitalistischer Grundlage.

Die Realität in Europa bis zum Jahr 1945 war vor allem eine Geschichte der Kriege. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab es mehr Kriegsjahre als Friedensjahre.

Kurz nach Kriegsende legte der französische Außenminister Robert Schuman einen Plan vor. Die Idee war, dass Nationen, die in einem Bündnis zusammenarbeiten, nicht mehr aufeinander schießen werden. Wie bekannt erfolgten vor der Montanunion 1951 bis zur Europäischen Union der Gegenwart eine Vielzahl von Verträgen, Vereinbarungen, Beitritten und Assoziationsabkommen (Assoziation = Vereinigung, Zusammenschluss).

Nach wie vor stehen die vier Freiheiten des Europäischen Binnenmarktes sowie der Euro allgemein im Zentrum der agierenden Politiker sowie großer Teile der europäischen Bevölkerung.

Der Vertrag von Maastricht 1992 über die Gründung der EU beinhaltet einzelne Reformschwerpunkte:

eine Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische Sozialpolitik, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Weg zur Politischen Union sollte vorbereitet werden.

Leider treten die widersprüchlichen Anschauungen und Ziele der einzelnen Mitgliedsländer in der Gegenwart verstärkt hervor.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie wirksam kann die proeuropäische Linke als Gegenpol zu diesen Tendenzen werden?

Welche Debatten führt die proeuropäische Linke?

Unter welchen programmatischen Leitsätzen und auf welchem Weg kommt man zusammen?

Als Problem zeigt sich, dass das progressive Lager strategisch und realpolitisch noch relativ schwach ist, wenn es um die Europäische Union geht. Meiner Meinung nach müssen wir uns eingestehen, dass das Europa, das wir jetzt haben, zumindest versucht, im Großen und Ganzen zusammen zu arbeiten. Das ist besser als ein Europa, in dem sich die Einzelstaaten im schlimmsten Fall bekriegen oder in denen über linke Alternativen gar nicht mehr öffentlich diskutiert werden kann.

Die Journalistin Christian Kliemann schreibt in ihrer Kolumne in der Beilage des nd OXI 2/19:

„Deshalb geht es bei der Suche nach einem zukunftsfähigen Europa auch weniger darum, schnelle Antworten zu finden als vielmehr die richtigen Fragen zu stellen. Es geht um eine neue positive Vision, die den von rechts geschürten Ängsten die Grundlage entzieht. ...

Um den Rechten in Europa wirklich dauerhaft das Wasser abzugraben, bräuchte es ein ganz anderes Europa. Ein solches gemeinschaftlich zu entwickeln, wäre ein lohnendes politische Projekt.“

Eine übergroße Mehrheit der linken Wählerinnen und Wähler halten die EU nicht für ein hoffnungsloses Projekt, das man nicht verändern kann.

Und was hält die Jugend von der EU?

Eine Jugendstudie der TUI-Stiftung vom Sommer 2018 zeigt auf, dass 71% der jungen Menschen in Europa für das „Bleiben“ des eigenen Staates in der EU stimmen.

Wichtig ist, dass die Jugend (und die Älteren) nicht am 26. Mai zu Hause BLEIBEN, sondern sich für Parteien entscheiden, die sich für ein starkes Bündnis zwischen den Ländern einsetzen, Verantwortung für Europa übernehmen wollen und die über die Grenzen der EU hinaus solidarische sind, am besten für die europäische Linke.

Monika Gohl

Für ein solidarische Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre

Unsere wichtigsten Forderungen

1. In die Zukunft investieren und das Öffentliche stärken: wir wollen ein Investitionsprogramm, das die Massenerwerbslosigkeit bekämpft, wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht und die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt.
2. Banken entmachten und Finanzmärkte regulieren: Wir wollen den Bankensektor in Europa grundlegend umbauen. Das Finanzsystem braucht keine Spielbanken.
3. Reichtum und Spekulation besteuern und Steuerflucht bekämpfen: Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die gesamte Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die bei 11 Billionen Euro liegt.
4. Europaweite Mindestlöhne und den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit bekämpfen: DIE LINKE steht für soziale Standards in ganz Europa: für gute Arbeit und soziale Sicherheit.
5. Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt werden: Wir wollen Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem und Möglichkeiten grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten verbessern.
6. Krieg darf kein Mittel der Politik sein – Auslandseinsätze beenden! DIE LINKE kämpft gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die Militarisierung der Europäischen Union. Wir wollen eine friedliche und zivile EU.
7. Jede Waffe findet ihren Krieg – Rüstungsexporte EU-weit verbieten! Die EU-Staaten sind gemeinsam neben den USA der größte Rüstungsexporteur der Welt.
8. Festung Europa abreißen! Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not! DIE LINKE will die Abschottungs- und Überwachungssysteme FRONTEX und EUROSUR auflösen.
9. Wir wollen die Demokratie, die Parlamente, die Bürgerentscheide stärken und mit Volksentscheiden und europäische Bürgerinitiativen den Stimmen der Bevölkerungen Gehör verschaffen, Bürgerrechte schützen und Datenschutz garantieren.
10. Lobbyismus bekämpfen! Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen. Wir treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten aus der Wirtschaft in der EU-Kommission und von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

Unser Kandidat: Helmut Scholz

stellt sich am 04.05.2019 in Schwedt im Kosmonauten in der Zeit von 10 bis 13 Uhr vor.

Bitte nutzt die Gelegenheit, um Fragen zu stellen oder eure Forderungen für ein solidarisches Europa darzulegen.



Informationen, Verschiedenes

Umwelt- und Klimaschutz endlich ernst nehmen!

Gestern (28.03.2019) hat das europäische Parlament eine Verordnung zur Eindämmung von Plastikmüll beschlossen. Gleichzeitig sind auch für diesen Freitag wieder europaweite Proteste der „fridays for future“ – Bewegung angekündigt. Die Initiatorin Greta Thunberg wird in Potsdam und Berlin zu Gast sein. Dazu erklärt die Spitzenkandidatin der LINKEN zur Brandenburger Landtagswahl, Kathrin Dannenberg:

„Die Gesetzesvorlage aus dem EU-Parlament ist in meinen Augen völlig unzureichend! Wenn bis 2025 nur 25% der PET-Flaschen wiederverwertet werden müssen, bedeutet das im Umkehrschluss, dass 75% unseres Plastikmülls weiter auf Deponien und in den Weltmeeren landen und den jetzt schon unhaltbaren Zustand weiter verschlimmern. Dem muss endlich mit mehr Entschlossenheit Einhalt geboten werden. Deshalb ist es gut und richtig, dass die junge Generation auf den Straßen weiter Druck macht.“

Es gibt Konzepte und Lösungen für den bewussteren Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Einige davon werden auch in Brandenburg entwickelt. Darauf bin ich als Brandenburgerin stolz und diese Kompetenz wollen wir weiter ausbauen. Auch das ist sicher ein Grund für den Besuch von Greta Thunberg am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung am Freitag (29.03.2019).

Als LINKE wollen wir genau diese Forschungen und Projekte stärken, die den Erhalt der natürlichen Ressourcen für die folgenden Generationen zum Ziel machen!“

Linke Newsletter 13/2019

Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Nachdem die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des globalisierungskritischen Netzwerk Attac bereits durch die Medien ging, wurde jetzt bekannt, dass davon unter anderem auch die Deutsche Umwelthilfe, Campact und nunmehr auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.“ betroffen sind. Die Entscheidung über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac hatte der Bundesfinanzhof (BFH) am 10.01.2019 getroffen.

Brandenburgs Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski erklärt dazu: „Die aktuellen Nachrichten über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit verschiedener Vereine zeigen, dass das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht mit den gesellschaftlichen Entwicklungen keineswegs Schritt gehalten hat. Während vor zwanzig Jahren zum Beispiel ein Verein, der sich für den Umweltschutz eingesetzt hat, vollkommen unpolitisch agieren konnte, ist heute Umweltschutz ein Thema mit politischer Priorität. Ein solcher Verein kann heute gar nicht mehr agieren, ohne dass politische Inhalte auch in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit rücken. Aber nutzt er der Allgemeinheit deshalb in geringem Maße als vor zwanzig Jahren? Ich sage klar und deutlich: Nein! Es ist höchste Zeit, das Gemeinnützigkeitsrecht zu modernisieren, damit es der Zivilgesellschaft möglich bleibt, politisch zu agieren. Gleichzeitig brauchen sowohl Vereine als auch unsere Finanzämter eine klare Rechtsgrundlage.“ Fachlich unterstütze sie die Forderung der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" nach einer Reform des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts, so Trochowski weiter.

Damit könne geregelt werden, dass auch die politische Willensbildung als gemeinnützig anerkannt wird.

„Die Gesellschaft“, so Trochowski, „kann nicht einerseits zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement einfordern und andererseits im Raum stehen lassen, dass dies nicht (mehr) gemeinnützig sei. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit gegenüber den jetzt in Rede stehenden Vereinen schadet dem Renommee dieser Zusammenschlüsse, welches sie sich teilweise über Jahrzehnte hinweg erarbeitet haben und deren Engagement dringender als je zuvor gebraucht wird. Deshalb bedarf es hier dringend einer Klärung.“

Newsletter 13/2019

Keine Rekrutierung Minderjähriger in die Bundeswehr Kurzinfor

Wie jedes Jahr beteiligte sich die Bundestagsfraktion DIE LINKE an der Aktion zum "Red Hand Day". Der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten wird jährlich am 12.02. begangen, um auf das Schicksal der Kinder aufmerksam zu machen, die zum Kampfeinsatz in Kriegen und bewaffneten Konflikten gezwungen werden. Weltweit wird die Anzahl der Kindersoldat*innen auf 250.000 geschätzt. Der BRD kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zu, da Minderjährige für ihre Streitkräfte rekrutiert werden..... In dem maßgeblich von Norbert Müller, erarbeiteten Antrag "Keine Rekrutierung Minderjähriger in die Bundeswehr", der am 14. Februar 2019 im Plenum debattiert wurde, fordert DIE LINKE die Bundeswehr-Rekrutierung Jugendlicher sofort zu beenden.

**Landesgruppe im Bundestag
13. Februar 2019**



Stoppt die AfD! Linke Antworten auf die Gefahr von rechts, Teil 5



Die AfD behauptet:

"Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist der wichtigstn bevölkerungspolitischen Herausforderung , vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich." (AfD Baden-Württemberg: Resolution gegen Gender-Mainstreaming, 25.7.2015))

Wahr ist:

Wenn die AfD die "Gender-Ideologie" (Anmerkung der Redaktion: Gender = soziales oder psychologisches Geschlecht einer Person im Unterschied zu ihrem biologischen Geschlecht, Gender-Ideologie " Gleichstellung der Geschlechter) anprangert, meint sie die Errungenschaften der Frauenbewegung in Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter. Die AfD verbreitet ein ultra-konservatives Frauenbild und möchte deutsche Frauen wieder an Heim und Herd drängen: Sie sollen im Zeichen des völkischen Ideals der AfD möglichst viele Kinder bekommen. Frauke Petry forderte, dass jede deutsche Frau mindestens 3 Kinder bekommen müsse, (NOZ, 21.8.2014, afd-petry-will-volksentscheid-über-abtreibung) sowie eine bundesweite Abstimmung für ein Abtreibungsverbot (Zeit, 8.8.2014). Eine aktive Bevölkerungspolitik zur Stärkung des "deutschen Volkskörpers" verfolgten bereits die Nationalsozialisten.

Wie Björn Höcke von einer "natürlichen Geschlechterordnung" zu sprechen, ist absurd (taz, 17.9.2014). Das Festhalten am traditionellen Leitbild der Kleinfamilie zur Erhöhung der Geburtenrate, wie es die AfD propagiert, geht mit der Diskriminierung von Frauen und sexuellen Minderheiten einher. Diese Politik macht Frauen zu Gebärmaschinen, die in ökonomischer Abhängigkeit von ihrem Ehemann für den Nachwuchs sorgen sollen. Homosexuellen Paaren soll der Berliner AfD zufolge das Recht auf eine Familiengründung durch Adoptionsverbote gleich ganz untersagt werden. Ehe-Scheidungen lehnt die Berliner AfD ebenfalls ab (Tagesspiegel, 13.3.2013). Auch andere nicht-klassische Familien, wie Alleinerziehende und Patchworkfamilien würden durch die Forderungen der AfD benachteiligt. Im Ergebnis zielt ihre Politik darauf, Frauen und sexuellen Minderheiten ihr Recht auf eine selbstbestimmt Lebensgestaltung abzusprechen.

Die AfD behauptet:

"Ob Taschengeld, Sachleistungen, Schulpflicht, Deutschkurse oder andere Sozilleistungen - die Anreize für Asylbewerber besonders aus den Balkanstaaten sind viel zu hoch." (Jörg Meuthen, pressemitteilung, 27.8.2015)

Wahr ist:

Asylsuchende erhalten in den ersten 15 Monaten in einer Sammelunterkunft weniger als Hartz-IV-Bezieher, also weniger als das Existenzminimum, und das größtenteils als Sachleistungen. Sie müssen an einem zugewiesenen Ort, häufig in Massenunterkünften auf engstem Raum mit fremden Menschen leben, mit einer Krankheitsversorgung nur bei akuten Beschwerden und zum Teil mit der Angst, erneut Gewalt erleben zu müssen. Geflüchtete nehmen niemandem etwas weg. Keine Rentnerin, kein Sozialhilfeempfänger und auch niemand mit geringerem Einkommen bekäme auch nur einen Cent mehr, wenn die Standards für Flüchtlinge weiter abgesenkt würden.

Auf dem Arbeitsmarkt haben Geflüchtete es besonders schwer. In den ersten 3 Monaten dürfen Asylbewerber überhaupt nicht arbeiten. Danach erhalten sie einen Job nur dann, wenn kein Deutscher und kein EU-Bürger ihn machen wollen. Die Entrechtung macht es deutschen Unternehmern einfacher, Geflüchtete als Lohndrücker einzusetzen, ebenso wie die von der Bundesregierung geplanten Ausnahmen beim Mindestlohn. Dem kann nur begegnet werden, indem man Geflüchteten dieselben Rechte einräumt. Nicht durch Spaltung, sondern nur durch gemeinsamen Kampf kann die soziale Lage für alle verbessert werden.

Termine/Arbeitsplan Stadtvorstand Schwedt, Stand: April 2019

27.04.2019	Kreismitgliederversammlung zur Kommunalwahl	10:00 Uhr Prenzlau Oberstufenzentrum
29.04.2019	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
01.05.2019	MAIFEIER	11:00 bis 16:00 Uhr Schwedt Fischer Zahn
04.05.2019	Veranstaltung zur Europawahl	10:00 bis 13:00 Uhr Kosmonaut
08.05.2019	Tag der Befreiung	17:00 Uhr Kranzniederlegung Neuer Friedhof Schwedt
08.05.2019	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
20.05.2019	Fraktionssitzung SVV Schwedt	17:00 Uhr Fraktionsraum
22.05.2019	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
26.05.2019	KOMMUNAL- und EUROPAAWAHLEN	18:00 Uhr Wahlparty im KOMM
04.06.2019	Kreisvorstand	18:30 Uhr Prenzlau
13.06.2019	Stadtvorstand	16:30 Uhr Geschäftsstelle
22.06.2019	Mitgliederversammlung Schwedt	09:30 bis 12:00 Uhr Kosmonaut



Wir trauern um Peter Schröder,

gestorben am 09.02.2019 mit 82 Jahren

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Lieber Detlef, zu deinem 60. runden Geburtstag am 10.05.2019 wünschen dir alle Genossen des Stadtverbandes Schwedt alles Gute, Gesundheit und schöne Erlebnisse. Und dass natürlich alle Wahlen geordnet ablaufen.



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

20.04.2019	Ingrid Nitzsche	zum 84. Geburtstag
21.04.2019	Lienhard Knochenmuß	zum 68. Geburtstag
22.04.2019	Walter Andersson	zum 91. Geburtstag
22.04.2019	Arnold Pankow	zum 91. Geburtstag
02.05.2019	H.-Joachim Hebenstreit	zum 88. Geburtstag
03.05.2019	Brigitte Neteck	zum 81. Geburtstag
12.05.2019	Sylvia Anklam	zum 67. Geburtstag
15.05.2019	Rosemarie Hilpmann	zum 87. Geburtstag
16.05.2019	Hans-Jürgen Hahn	zum 79. Geburtstag
17.05.2019	Hans-Dieter Clauß	zum 64. Geburtstag
19.05.2019	Doris Meyner	zum 63. Geburtstag
26.05.2019	Bärbel Ramm	zum 63. Geburtstag
26.05.2019	Willi Zerbe	zum 71. Geburtstag
10.06.2019	Julius Vogt	zum 23. Geburtstag
17.06.2019	Thomas Tenner	zum 76. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 03-2019: 22.06.2019

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle:

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 29.04.19, 10 bis 12 Uhr

Mo, 06.05.19, 10 bis 12 Uhr

Mo, 27.05.19, 10 bis 12 Uhr

Mo, 03.06.19, 10 bis 12 Uhr

Mo, 24.06.19, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de